

Vorvertragliche Informationen bei im Fernabsatz abgeschlossenen Verträgen über Tagesgeldkonten (Stand 06 / 2026)

A. Allgemeine Informationen

(1) Name und Anschrift der Bank

Stellantis Bank SA Niederlassung Deutschland
Siemensstraße 10
63263 Neu-Isenburg
Telefon: +49 6102 833 999 0
E-Mail: info@stellantis-direktbank.de

(2) Gesetzlich Vertretungsberechtigter:

Kornelis Panman

(3) Hauptgeschäftstätigkeit der Bank

Gegenstand des Unternehmens ist das Erbringen von Kredit- und Leasinggeschäften sowie das Erbringen von Finanzdienstleistungen.

(4) Eintragung im Handelsregister

Amtsgericht Offenbach, HRB 56117

(5) Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE 323514470

(6) Sitz der Gesellschaft Stellantis Bank SA in Frankreich:

43 Rue Jean Pierre Timbaud , 78300 Poissy, Frankreich
Registergericht der Stellantis Bank SA (Aktiengesellschaft französischen Rechts), Poissy: 562 068 684 R.C.S. Versailles, Frankreich
Président du conseil d'administration (Vorsitzende des Verwaltungsrats): Charlotte Dennerly,
Directeur Général (Generaldirektor): Arnaud de Lamothe

(7) Zuständige Aufsichtsbehörden

Europäische Zentralbank
Sonnemannstraße 20
60314 Frankfurt a.M.
Internet: www.ecb.europa.eu

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn und
Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt
Internet: www.bafin.de

Banque de France
31 rue Croix des petits champs
75049 Paris CEDEX 01, Frankreich
Internet: www.banque-france.fr

L'Autorité de contrôle prudentiel et de résolution (ACPR),
61 Rue Taitbout, 75436 Paris Cedex 09, Frankreich
Internet : www.acpr.banque-france.fr

(8) Gesetzliche Einlagensicherung

1. Für Einlagen des Kunden gilt die gesetzliche Einlagensicherung gemäß dem Einlagensicherungsgesetz. Die Bank ist gemäß den Bestimmungen des Einlagensicherungsgesetzes (EinSiG) dem Fonds de Garantie des Dépôts et de Résolution, 65, rue de la Victoire, 75009 Paris, Frankreich, angeschlossen. Dies bedeutet, dass Entschädigungsansprüche durch den Fonds de Garantie des Dépôts et de Résolution abgedeckt werden. Einlagen sind bis zu einer Höhe von 100.000,00 Euro gesichert. Der Einlagenschutz schließt neben sämtlichen Einlagenarten – im Wesentlichen Sicht-, Termin- und Spareinlagen – auch auf den Namen lautende Sparbriefe ein. Weitere Informationen finden Sie bei dem Fonds de Garantie des Dépôts et de Résolution unter www.garantiedesdepots.fr.

2. Die Bank ist befugt, dem Fonds de Garantie des Dépôts et de Résolution oder einem Beauftragten alle in diesem Zusammenhang erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Soweit der Fonds de Garantie des Dépôts et de Résolution oder ein Beauftragter Zahlungen an einen Kunden leistet, gehen dessen Forderungen gegen die Bank in entsprechender Höhe mit allen Nebenrechten Zug um Zug auf den Fonds de Garantie des Dépôts et de Résolution über.

3. Weitere Informationen zum Fonds de Garantie des Dépôts et de Résolution entnehmen Sie bitte auch dem Informationsbogen für den Einleger, welcher Ihnen ebenfalls vor Vertragsschluss zur Verfügung gestellt wird.

(9) Freiwillige Einlagensicherung

Die Bank ist einem freiwilligen Einlagensicherungssystem, insbesondere dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e. V., nicht angeschlossen.

(10) Rechtsordnung / Vertragssprache / Gerichtsstand

Für die Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und der Bank gilt deutsches Recht. Es gibt keine vertragliche Gerichtsstandsvereinbarung mit einem Verbraucher.

(11) Kundenkommunikation

Maßgebliche Sprache für dieses Vertragsverhältnis und die Kommunikation mit dem Kunden während der Laufzeit des Vertrages ist deutsch. Mitteilungen zwischen Kunde und Bank werden vorzugsweise über das ePostfach innerhalb des eBankings versendet, um diese vor dem Zugriff Dritter zu schützen.

Vorvertragliche Informationen bei im Fernabsatz abgeschlossenen Verträgen über Tagesgeldkonten (Stand 06 / 2026)

(12) Beschwerde- und Alternative Streitbeilegungsverfahren

1. Im Falle einer Beschwerde kann jeder Kunde sich an das interne Beschwerdemanagement der Bank wenden unter der Anschrift Stellantis Bank SA Niederlassung Deutschland, Beschwerdemanagement, Siemensstraße 10, 63263 Neu-Isenburg, Telefaxnummer: 06102302-244, oder per E-Mail an die E-Mail-Adresse: beschwerdemanagement@stellantis-finance.com

2. Bei Streitigkeiten mit der Bank aus der Anwendung der Vorschriften

1. des Bürgerlichen Gesetzbuches betreffend Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen (§§ 312c ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches)
2. über Verbraucherdarlehen und sonstige Finanzierungshilfen sowie deren Vermittlung (§§ 491 bis 508, 511 und 655a bis 655d des Bürgerlichen Gesetzbuches, Art. 247a § 1 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch)
3. der Vorschriften betreffend Zahlungsdienstverträge (§§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuches, der Verordnung (EG) Nr. 924/2009 über grenzüberschreitende Zahlungen („Preisverordnung“), der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in Euro („SEPA-Verordnung“) und der Verordnung (EU) Nr. 2015/751 über Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungsvorgänge („IF-Verordnung“))
4. der Vorschriften bezüglich der Ausgabe und des Rücktauschs von E-Geld (§ 2 Abs. 1a S. 3 und des § 23b des Zahlungsdienstaufsichtsgesetzes) oder
5. des Zahlungskontengesetzes, die das Verhältnis zwischen einem Zahlungsdienstleister und einem Verbraucher regeln,

können die Beteiligten – im Fall von Nr. 3 und Nr. 4 auch Geschäftskunden (Unternehmer) – unbeschadet ihres Rechts, die Gerichte anzurufen, die bei der Deutschen Bundesbank, Postfach 10 06 02, 60006 Frankfurt am Main (Telefon: 069/9566-3232; Telefax: 069/709090-9901; E-Mail: schlichtung@bundesbank.de) eingerichtete Schlichtungsstelle anrufen (§ 14 Abs.1 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 Unterlassungsklagegesetz). Die Verfahrensordnung und das Antragsformular können auf der Webseite der Deutschen Bundesbank heruntergeladen werden.

3. Bei Rechtsstreitigkeiten mit der Bank aus der Anwendung der Vorschriften des Kapitalanlagegesetzbuches, wenn an der Streitigkeit ein Verbraucher beteiligt ist, oder sonstiger Vorschriften im Zusammenhang mit Verträgen zwischen Verbrauchern und der Bank, die Bankgeschäfte oder Finanzdienstleistungen gemäß § 1 Abs. 1 S. 2 und Abs. 1a S. 2 des Kreditwesengesetzes betreffen, können die Beteiligten unbeschadet ihres Rechts, die Gerichte anzurufen, die bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Referat ZR 3, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn (Telefon: 0228/4108-0; Telefax: 0228/4108-62299; E-Mail: schlichtungsstelle@bafin.de) eingerichtete Schlichtungsstelle anrufen (§ 14 Abs.1 Satz 1 Nr. 7 und Satz 2 Unterlassungsklagegesetz). Die Verfahrensordnung und das Antragsformular können auf der Webseite der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht heruntergeladen werden.

4. Die Beschwerde ist bei den unter Ziffer 2 und 3 genannten Verfahren in Textform (z.B. Schreiben, E-Mail, Fax) und unter kurzer Schilderung des Sachverhalts und ggfs. unter Beifügung von Kopien der notwendigen Unterlagen zu erheben. Vor der Anrufung der Beschwerdestelle darf weder ein Gericht noch eine Streitschlichtungsstelle und auch keine Gütestelle angerufen worden sein und es darf auch kein außergerichtlicher Vergleich mit dem Beschwerdegegner abgeschlossen worden sein. Darüber hinaus darf der Anspruch bei Erhebung der Beschwerde nicht verjährt sein. Näheres regelt § 7 der Finanzschlichtungsstellenverordnung. Die unter Ziffer 2 und 3 genannten Verfahren sind für den Verbraucher kostenlos. Auslagen, wie z.B. Porto, Telefongebühren, Kopien oder Rechtsanwaltskosten, werden nicht erstattet.

5. Die Bank hat sich keinem Schlichtungsverfahren bei einer vom Bundesamt für Justiz anerkannten privaten Verbraucherschlichtungsstelle aus dem deutschen Finanzbereich freiwillig angeschlossen. Eine Streitschlichtung durch eine private Ombudsstelle in der deutschen Finanzbranche ist daher nicht möglich.

6. Die Bank ist weder verpflichtet, noch dazu bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer anderen als den zuvor genannten Verbraucherschlichtungsstellen teilzunehmen, § 36 Verbraucherstreitbeilegungsgesetz.

(13) Sonstige Rechte und Pflichten von Bank und Kunde

Für den gesamten Geschäftsverkehr gelten die beiliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank. Daneben gelten die beiliegenden Sonderbedingungen der Bank (Sonderbedingungen zum Tagesgeld, Sonderbedingungen zum Festgeld, Sonderbedingungen Überweisungsverkehr, Sonderbedingungen Online-Banking) die Abweichungen oder Ergänzungen zu diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthalten. Die genannten Bedingungen stehen nur in deutscher Sprache zur Verfügung. Die Bank speichert den Vertrag nach Vertragsschluss. Der Kunde kann während der Laufzeit des Vertrags jederzeit von der Bank verlangen, dass ihm Vertragsbestimmungen einschließlich der Geschäftsbedingungen in einer Urkunde zur Verfügung gestellt werden.

B. Informationen zur Finanzdienstleistung

Wesentliche Leistungsmerkmale des Tagesgeldkontovertrages und Regelungen zur Zahlung und Erfüllung des Vertrags

Bei dem Tagesgeldkonto handelt es sich um ein Sichteinlagenkonto für Privatkunden (Verbraucher) mit betragsabhängiger Verzinsung und täglicher Verfügungsmöglichkeit über das vorhandene Guthaben. Das Tagesgeldkonto kann nicht zu Zwecken des Zahlungsverkehrs verwendet werden. Einzahlungen auf das Tagesgeldkonto sind, wenn nicht anders vereinbart, jederzeit bis zu einer Guthabenhöhe von 1.000.000 Euro möglich. Die Verfügungsmöglichkeit ist auf das vorhandene Guthaben beschränkt. Die vereinbarte Verzinsung ist variabel und wird durch die Bank den veränderten Marktverhältnissen angepasst. Die Entwicklung der Marktverhältnisse (Marktzinsen) unterliegen Schwankungen, auf die die Bank keinen Einfluss hat; in der Vergangenheit erwirtschaftete Erträge bieten keine Indikation, dass diese Erträge auch künftig erwirtschaftet werden. Die anfallenden Zinsen werden zum Ende eines jeden Monats berechnet und am ersten Tag des Folgemonats dem Tagesgeldkonto des Kunden gutgeschrieben. Der Kunde wird über alle Bewegungen auf dem Tagesgeldkonto durch Kontoauszüge im Online-Banking informiert. Verfügungen sind nur durch Überweisung zugunsten des vereinbarten Referenzkontos und Umbuchungen auf ein etwaiges Festgeldkonto des Kunden möglich. Bareinzahlungen oder Barauszahlungen sind nicht möglich. Einzahlungen auf das Tagesgeldkonto sind ausschließlich durch Überweisung möglich. Das Tagesgeldkonto kann als Gemeinschaftskonto für maximal zwei Kontoinhaber geführt werden. Gemeinschaftskonten werden ausschließlich als sogenannte "Oder-Konten" geführt, so dass jeder Kontoinhaber einzeln für sich in vollem Umfang verfügungsberechtigt ist.

Mindestlaufzeit des Vertrages

Der Tagesgeldvertrag hat keine Mindestlaufzeit.

Preise und Kosten

Die Kontoeröffnung und -führung ist kostenlos. Bei Aufträgen des Kunden, die außerhalb der gewöhnlichen Kontoführung liegen, behält sich die Bank vor, ein Entgelt zu berechnen, dessen Höhe sich entweder aus dem "Preis- und Leistungsverzeichnis" der Bank ergibt oder zwischen dem Kunden und der Bank vereinbart wird. Der Kunde hat seine eigenen Kosten (z.B. für Ferngespräche, Computer und Datenverbindungskosten etc.) selbst zu tragen. Ggf. anfallende Kosten Dritter sind, sofern diese vom Kunden zu vertreten sind, ebenfalls von dem Kunden zu tragen.

Hinweis auf vom Kunden zu zahlende Steuern

Die Zinserträge unterliegen der Einkommensteuer. Sie sind steuerlich in dem Kalenderjahr zu veranlagen, in dem sie dem steuerpflichtigen Kunden zugeflossen sind. Bei Fragen sollte sich der Kunde an die für ihn zuständige Steuerbehörde oder seinen steuerlichen Berater wenden. Dies gilt insbesondere, wenn er im Ausland steuerpflichtig ist.

Leistungsvorbehalt

Es besteht kein Leistungsvorbehalt.

Vertragliche Kündigungsregeln/Vertragsstrafe

Der Kunde kann das Tagesgeldkonto grundsätzlich jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen. Dies gilt nicht für den Fall, dass der Kunde auch Festgeldkonten bei der Bank besitzt, für die das Tageskonto als Verrechnungskonto dient; bevor in einem solchen Fall das Tagesgeldkonto gekündigt werden kann, müssen erst sämtliche Festgeldkonten gekündigt sein. Wenn der Kunde nicht auch Festgeldkonten bei der Bank besitzt, für die das Tageskonto als Verrechnungskonto dient, kann die Bank das Tagesgeldkonto jederzeit unter Einhaltung einer angemessenen Frist von mindestens sechs Wochen kündigen. Die Kündigung ist mittels Erklärung auf einem dauerhaften

Vorvertragliche Informationen bei im Fernabsatz abgeschlossenen Verträgen über Tagesgeldkonten (Stand 06 / 2026)

Datenträger in Textform (z.B. Brief, Telefax, E-Mail) an den jeweils anderen Vertragspartner zu richten. Das Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt von dem zuvor Gesagten. Es sind keine Vertragsstrafen vereinbart.

C. Informationen über die Besonderheiten des im Fernabsatz geschlossenen Tagesgeldkontovertrages

Informationen zum Zustandekommen des Tagesgeldkontovertrages

Der Kunde muss das Online-Registrierungs- und Antragsverfahren auf der Internetseite der Stellantis Direktbank unter www.stellantis-direktbank.de durchführen. Nach Angabe aller notwendigen Informationen erhält der Kunde eine E-Mail mit den Geschäftsbedingungen. Mit Klicken auf „Zahlungspflichtig beauftragen“ gibt der Kunde im nächsten Schritt gegenüber der Stellantis Bank SA Niederlassung Deutschland ein ihn bindendes Angebot auf Abschluss eines Tagesgeldkonto-Vertrages ab und erklärt sich zugleich mit der Geltung der ihm mit der genannten E-Mail zugeschickten Geschäftsbedingungen einverstanden. Im Anschluss erhält der Kunde eine E-Mail mit der Beschreibung der weiteren Vorgehensweise. Die Bank kann den so erfolgten Antrag des Kunden annehmen, indem sie das Tagesgeldkonto eröffnet. Voraussetzung für eine Annahme des Vertrages ist jedenfalls, dass die Bank alle erforderlichen Angaben im Rahmen des Online-Registrierungsverfahrens erhalten hat und ihr insbesondere auch die Unterlagen zum PostIdent-Verfahren zugegangen sind oder die Legitimation erfolgreich durch das Video-Ident-Verfahren bzw. den eID (elektronischer Personalausweis) durchgeführt wurde (bei Gemeinschaftskonten muss sich jeder zukünftige Kontoinhaber entweder über das Post- oder das Video-Ident-Verfahren bzw. den eID (elektronischer Personalausweis) identifizieren).

Vorvertragliche Informationen bei im Fernabsatz abgeschlossenen Verträgen über Tagesgeldkonten (Stand 06 / 2026)

Widerrufsbelehrung

Abschnitt 1

Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen. Die Frist beginnt nach Abschluss des Vertrags und nachdem Sie die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie alle nachstehend unter Abschnitt 2 aufgeführten Informationen auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) erhalten haben. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an:

Stellantis Bank SA Niederlassung Deutschland, Geschäftsbereich Stellantis Direktbank, Siemensstraße 10, 63263 Neu-Isenburg,
E-Mail-Adresse: info@stellantis-direktbank.de

Sie können Ihr Widerrufsrecht auch online unter www.stellantis-direktbank.de ausüben. Wenn Sie diese Onlinefunktion nutzen, übermitteln wir Ihnen auf einem dauerhaften Datenträger (z.B. durch E-Mail) unverzüglich eine Eingangsbestätigung mit Informationen zum Inhalt der Widerrufserklärung sowie dem Datum und der Uhrzeit ihres Eingangs.

Ihr Widerrufsrecht erlischt spätestens 12 Monate und 14 Tage nach dem Zeitpunkt des Vertragsschlusses. Dies gilt nicht, wenn Sie nicht auf einem dauerhaften Datenträger über das Bestehen eines Widerrufsrechts und die Modalitäten für dessen Ausübung des Widerrufsrechts, einschließlich des Betrags, den Sie gegebenenfalls zu entrichten haben, sowie die Folgen der Nichtausübung dieses Rechts, belehrt wurden.

Abschnitt 2

Für den Beginn der Widerrufsfrist erforderliche Informationen

Die Informationen im Sinne des Abschnitts 1 Satz 2 umfassen folgende Angaben:

1. die Identität und die Hauptgeschäftstätigkeit des Unternehmers,
2. die Anschrift des Ortes, an dem der Unternehmer niedergelassen ist, sowie eine Telefonnummer und E-Mail-Adresse oder Angaben zu anderen Kommunikationsmitteln, die der Unternehmer anbietet,
3. einschlägige Kontaktangaben, die es dem Verbraucher ermöglichen, Beschwerden an den Unternehmer zu richten,
4. das öffentliche Register in das der Unternehmer eingetragen ist, und die Registernummer oder eine gleichwertige in diesem Register verwendete Kennung,
5. den Namen, die Anschrift, die Website und etwaige andere Kontaktangaben der zuständigen Aufsichtsbehörde,
6. eine Beschreibung der wesentlichen Merkmale der Finanzdienstleistung,
7. den Gesamtpreis, den der Verbraucher dem Unternehmer für die Finanzdienstleistung schuldet, einschließlich aller damit verbundenen Provisionen, Gebühren, und Abgaben sowie aller über den Unternehmer abgeführten Steuern, oder, wenn kein genauer Preis angegeben werden kann, die Grundlage für seine Berechnung, die dem Verbraucher eine Überprüfung des Preises ermöglicht,
8. den Hinweis, dass sich die Finanzdienstleistung auf Finanzinstrumente bezieht, die wegen ihrer spezifischen Merkmale oder der durchzuführenden Vorgänge mit speziellen Risiken behaftet sind oder deren Preis Schwankungen auf dem Finanzmarkt unterliegt, auf die der Unternehmer keinen Einfluss hat, und einen Hinweis, dass in der Vergangenheit erwirtschaftete Erträge kein Indikator für künftige Erträge,
9. einen Hinweis auf mögliche weitere Steuern oder Kosten, die nicht über den Unternehmer abgeführt oder von ihm in Rechnung gestellt werden,
10. etwaige Beschränkungen des Zeitraums, währenddessen die gemäß diesem Absatz zur Verfügung gestellten Informationen gültig sind,
11. Einzelheiten hinsichtlich der Zahlung und der Erfüllung,
12. das Bestehen oder Nichtbestehen eines Widerrufsrechts und für den Fall, dass ein Widerrufsrecht besteht, Angaben zur Widerrufsfrist und zu den Modalitäten für die Ausübung des Widerrufsrechts, einschließlich des Betrags, den der Verbraucher gegebenenfalls zu entrichten hat, sowie die Folgen der Nichtausübung dieses Rechts,
13. Angaben zum Recht der Parteien, den Fernabsatzvertrag vorzeitig oder einseitig aufgrund der Vertragsbedingungen zu kündigen, einschließlich aller Vertragsstrafen, die in einem solchen Fall auferlegt werden,
14. praktische Hinweise und Verfahren zur Ausübung des Widerrufsrechts nach § 355 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, darunter Telefonnummer und E-Mail-Adresse des Unternehmers oder Angaben zu anderen einschlägigen Kommunikationsmitteln für die Übermittlung der Widerrufserklärung, und bei über eine Online-Benutzeroberfläche geschlossenen Finanzdienstleistungsverträgen Informationen über das Bestehen und die Platzierung der Widerrufsfunktion nach § 356a des Bürgerlichen Gesetzbuchs,
15. etwaige Vertragsklauseln, die das auf den Fernabsatzvertrag anwendbare Recht oder das zuständige Gericht bestimmen,
16. in welcher Sprache oder in welchen Sprachen die Vertragsbedingungen und die in diesem Artikel genannten Vorabinformationen mitgeteilt werden sowie über die Sprache oder die Sprachen, zu deren Benutzung sich der Unternehmer mit Zustimmung des Verbrauchers für die Kommunikation während der Laufzeit des Fernabsatzvertrags verpflichtet,
17. die Möglichkeit des Zugangs zu einem außergerichtlichen Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren, dem der Unternehmer unterworfen ist, und die Voraussetzungen für diesen Zugang,
18. das Bestehen eines Garantiefonds oder anderer Entschädigungsregelungen, die nicht unter die Richtlinie 2014/49/EU in der Fassung vom 16. April 2014 und die Richtlinie 97/9/EG in der Fassung vom 3. März 1997 fallen.

Vorvertragliche Informationen bei im Fernabsatz abgeschlossenen Verträgen über Tagesgeldkonten (Stand 06 / 2026)

Abschnitt 3

Widerrufsfolgen

Im Fall eines wirksamen Widerrufs **sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren**. Sie sind zur **Zahlung von Wertersatz** für die bis zum Widerruf erbrachte Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurden und ausdrücklich zugestimmt haben, dass vor dem Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Gegenleistung begonnen werden kann. Besteht eine Verpflichtung zur Zahlung von Wertersatz, kann dies dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf dennoch erfüllen müssen. **Ihr Widerrufsrecht erlischt** vorzeitig, wenn der Vertrag **von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist**, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben. **Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden**. Diese Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang.

Ende der Widerrufsbelehrung

Vorvertragliche Informationen bei im Fernabsatz abgeschlossenen Verträgen über Festgeldkonten (Stand 06 / 2026)

A. Allgemeine Informationen

(1) Name und Anschrift der Bank

Stellantis Bank SA Niederlassung Deutschland
Siemensstraße 10
63263 Neu-Isenburg
Telefon: +49 6102 833 999 0
E-Mail: info@stellantis-direktbank.de

(2) Gesetzlich Vertretungsberechtigter:

Kornelis Panman

(3) Hauptgeschäftstätigkeit der Bank

Gegenstand des Unternehmens ist das Erbringen von Kredit- und Leasinggeschäften sowie das Erbringen von Finanzdienstleistungen.

(4) Eintragung im Handelsregister

Amtsgericht Offenbach, HRB 56117

(5) Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE 323514470

(6) Sitz der Gesellschaft Stellantis Bank SA in Frankreich:

43 Rue Jean Pierre Timbaud , 78300 Poissy, Frankreich
Registergericht der Stellantis Bank SA (Aktiengesellschaft französischen Rechts), Poissy: 562 068 684 R.C.S. Versailles, Frankreich
Président du conseil d'administration (Vorsitzende des Verwaltungsrats): Charlotte Dennerly,
Directeur Général (Generaldirektor): Arnaud de Lamothe

(7) Zuständige Aufsichtsbehörden

Europäische Zentralbank
Sonnemannstraße 20
60314 Frankfurt a.M.
Internet: www.ecb.europa.eu

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn und
Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt
Internet: www.bafin.de

Banque de France
31 rue Croix des petits champs
75049 Paris CEDEX 01, Frankreich
Internet: www.banque-france.fr

L'Autorité de contrôle prudentiel et de résolution (ACPR)
61 Rue Taitbout, 75436 Paris Cedex 09, Frankreich
Internet: www.acpr.banque-france.fr

(8) Gesetzliche Einlagensicherung

1. Für Einlagen des Kunden gilt die gesetzliche Einlagensicherung gemäß dem Einlagensicherungsgesetz. Die Bank ist gemäß den Bestimmungen des Einlagensicherungsgesetzes (EinSiG) dem Fonds de Garantie des Dépôts et de Résolution, 65, rue de la Victoire, 75009 Paris, Frankreich, angeschlossen. Dies bedeutet, dass Entschädigungsansprüche durch den Fonds de Garantie des Dépôts et de Résolution abgedeckt werden. Einlagen sind bis zu einer Höhe von 100.000,00 Euro gesichert. Der Einlagenschutz schließt neben sämtlichen Einlagenarten – im Wesentlichen Sicht-, Termin- und Spareinlagen – auch auf den Namen lautende Sparbriefe ein. Weitere Informationen finden Sie bei dem Fonds de Garantie des Dépôts et de Résolution unter www.garantiedesdepots.fr.

2. Die Bank ist befugt, dem Fonds de Garantie des Dépôts et de Résolution oder einem Beauftragten alle in diesem Zusammenhang erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Soweit der Fonds de Garantie des Dépôts et de Résolution oder ein Beauftragter Zahlungen an einen Kunden leistet, gehen dessen Forderungen gegen die Bank in entsprechender Höhe mit allen Nebenrechten Zug um Zug auf den Fonds de Garantie des Dépôts et de Résolution über.

3. Weitere Informationen zum Fonds de Garantie des Dépôts et de Résolution entnehmen Sie bitte auch dem Informationsbogen für den Einleger, welcher Ihnen ebenfalls vor Vertragsschluss zur Verfügung gestellt wird.

(9) Freiwillige Einlagensicherung

Die Bank ist einem freiwilligen Einlagensicherungssystem, insbesondere dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e. V., nicht angeschlossen.

(10) Rechtsordnung / Vertragssprache / Gerichtsstand

Für die Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und der Bank gilt deutsches Recht. Es gibt keine vertragliche Gerichtsstandsvereinbarung mit einem Verbraucher.

(11) Kundenkommunikation

Maßgebliche Sprache für dieses Vertragsverhältnis und die Kommunikation mit dem Kunden während der Laufzeit des Vertrages ist deutsch. Mitteilungen zwischen Kunde und Bank werden vorzugsweise über das ePostfach innerhalb des eBankings versendet, um diese vor dem Zugriff Dritter zu schützen.

Vorvertragliche Informationen bei im Fernabsatz abgeschlossenen Verträgen über Festgeldkonten (Stand 06 / 2026)

(12) Beschwerde- und Alternative Streitbeilegungsverfahren

1. Im Falle einer Beschwerde kann jeder Kunde sich an das interne Beschwerdemanagement der Bank wenden unter der Anschrift Stellantis Bank SA Niederlassung Deutschland, Beschwerdemanagement, Siemensstraße 10, 63263 Neu-Isenburg, Telefaxnummer: 06102302-244, oder per E-Mail an die E-Mail-Adresse: beschwerdemanagement@stellantis-finance.com

2. Bei Streitigkeiten mit der Bank aus der Anwendung der Vorschriften

1. des Bürgerlichen Gesetzbuches betreffend Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen (§§ 312c ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches)
2. über Verbraucherdarlehen und sonstige Finanzierungshilfen sowie deren Vermittlung (§§ 491 bis 508, 511 und 655a bis 655d des Bürgerlichen Gesetzbuches, Art. 247a § 1 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch)
3. der Vorschriften betreffend Zahlungsdienstverträge (§§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuches, der Verordnung (EG) Nr. 924/2009 über grenzüberschreitende Zahlungen („Preisverordnung“), der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in Euro („SEPA-Verordnung“) und der Verordnung (EU) Nr. 2015/751 über Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungsvorgänge („IF-Verordnung“))
4. der Vorschriften bezüglich der Ausgabe und des Rücktauschs von E-Geld (§ 2 Abs. 1a S. 3 und des § 23b des Zahlungsdienstaufsichtsgesetzes) oder
5. des Zahlungskontengesetzes, die das Verhältnis zwischen einem Zahlungsdienstleister und einem Verbraucher regeln,

können die Beteiligten – im Fall von Nr. 3 und Nr. 4 auch Geschäftskunden (Unternehmer) – unbeschadet ihres Rechts, die Gerichte anzurufen, die bei der Deutschen Bundesbank, Postfach 10 06 02, 60006 Frankfurt am Main (Telefon: 069/9566-3232; Telefax: 069/709090-9901; E-Mail: schlichtung@bundesbank.de) eingerichtete Schlichtungsstelle anrufen (§ 14 Abs.1 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 Unterlassungsklagegesetz). Die Verfahrensordnung und das Antragsformular können auf der Webseite der Deutschen Bundesbank heruntergeladen werden.

3. Bei Rechtsstreitigkeiten mit der Bank aus der Anwendung der Vorschriften des Kapitalanlagegesetzbuches, wenn an der Streitigkeit ein Verbraucher beteiligt ist, oder sonstiger Vorschriften im Zusammenhang mit Verträgen zwischen Verbrauchern und der Bank, die Bankgeschäfte oder Finanzdienstleistungen gemäß § 1 Abs. 1 S. 2 und Abs. 1a S. 2 des Kreditwesengesetzes betreffen, können die Beteiligten unbeschadet ihres Rechts, die Gerichte anzurufen, die bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Referat ZR 3, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn (Telefon: 0228/4108-0; Telefax: 0228/4108-62299; E-Mail: schlichtungsstelle@bafin.de) eingerichtete Schlichtungsstelle anrufen (§ 14 Abs.1 Satz 1 Nr. 7 und Satz 2 Unterlassungsklagegesetz). Die Verfahrensordnung und das Antragsformular können auf der Webseite der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht heruntergeladen werden.

4. Die Beschwerde ist bei den unter Ziffer 2 und 3 genannten Verfahren in Textform (z.B. Schreiben, E-Mail, Fax) und unter kurzer Schilderung des Sachverhalts und ggfs. unter Beifügung von Kopien der notwendigen Unterlagen zu erheben. Vor der Anrufung der Beschwerdestelle darf weder ein Gericht noch eine Streitschlichtungsstelle und auch keine Gütestelle angerufen worden sein und es darf auch kein außergerichtlicher Vergleich mit dem Beschwerdegegner abgeschlossen worden sein. Darüber hinaus darf der Anspruch bei Erhebung der Beschwerde nicht verjährt sein. Näheres regelt § 7 der Finanzschlichtungsstellenverordnung. Die unter Ziffer 2 und 3 genannten Verfahren sind für den Verbraucher kostenlos. Auslagen, wie z.B. Porto, Telefongebühren, Kopien oder Rechtsanwaltskosten, werden nicht erstattet.

5. Die Bank hat sich keinem Schlichtungsverfahren bei einer vom Bundesamt für Justiz anerkannten privaten Verbraucherschlichtungsstelle aus dem deutschen Finanzbereich freiwillig angeschlossen. Eine Streitschlichtung durch eine private Ombudsstelle in der deutschen Finanzbranche ist daher nicht möglich.

6. Die Bank ist weder verpflichtet, noch dazu bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer anderen als den zuvor genannten Verbraucherschlichtungsstellen teilzunehmen, § 36 Verbraucherstreitbeilegungsgesetz.

(13) Sonstige Rechte und Pflichten von Bank und Kunde

Für den gesamten Geschäftsverkehr gelten die beiliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank. Daneben gelten die beiliegenden Sonderbedingungen der Bank (Sonderbedingungen zum Tagesgeld, Sonderbedingungen zum Festgeld, Sonderbedingungen Überweisungsverkehr, Sonderbedingungen Online-Banking) die Abweichungen oder Ergänzungen zu diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthalten. Die genannten Bedingungen stehen nur in deutscher Sprache zur Verfügung. Die Bank speichert den Vertrag nach Vertragsschluss. Der Kunde kann während der Laufzeit des Vertrags jederzeit von der Bank verlangen, dass ihm Vertragsbestimmungen einschließlich der Geschäftsbedingungen in einer Urkunde zur Verfügung gestellt werden.

B. Informationen zur Finanzdienstleistung

Wesentliche Leistungsmerkmale des Festgeldkontovertrages und Regelungen zur Zahlung und Erfüllung des Vertrags

Bei dem Festgeldkonto handelt es sich um ein Termineinlagenkonto für Privatkunden (Verbraucher), bei dem ein fester Zinssatz für die vereinbarte Laufzeit gewährt wird. Der Kunde kann mehrere Festgeldkonten bei der Bank eröffnen. Das Festgeldkonto dient allein der Geldanlage und darf nicht für Zwecke des Zahlungsverkehrs verwendet werden. Der Anlagebetrag wird zu Vertragsbeginn vereinbart und eingezahlt. Es besteht ein Mindestanlagebetrag in Höhe von 500 Euro. Sofern nicht anders vereinbart, ist die Gesamteinlagenhöhe eines Kunden auf 1.000.000 Euro beschränkt. Der Mindestanlagezeitraum beträgt 3 Monate, der Maximalanlagezeitraum 4 Jahre. Verfügungen, Teilverfügungen und Aufstockungen während der Festgeldlaufzeit sind nicht möglich. Voraussetzung für die Eröffnung von Festgeldkonten ist, dass der Kunde bereits ein Tagesgeldkonto bei der Bank besitzt. Das Guthaben auf dem Festgeldkonto wird nach dem Ende der vereinbarten Laufzeit dem Tagesgeldkonto des Kunden gutgeschrieben. Die aufgelaufenen Zinsen werden zum Ende der Festgeldlaufzeit dem Tagesgeldkonto sowie bei Festgeldanlagen mit einer Laufzeit von über 12 Monaten jeweils nach Ablauf von 12 Monaten dem Festgeldkonto gutgeschrieben. Einzahlungen auf das Festgeldkonto sind ausschließlich mittels Abbuchung vom Tagesgeldkonto des Kontoinhabers zu Beginn der Festgeldlaufzeit möglich. Rückzahlungen erfolgen ausschließlich auf das Tagesgeldkonto des Kontoinhabers. Das Festgeldkonto wird als Gemeinschaftskonto für maximal zwei Kontoinhaber geführt, wenn es sich bei dem zugehörigen Tagesgeldkonto auch um ein Gemeinschaftskonto handelt. Gemeinschaftsfestgeldkonten werden wie Gemeinschaftstagesgeldkonten ausschließlich als sogenannte "Oder-Konten" geführt, so dass jeder Kontoinhaber einzeln für sich in vollem Umfang verfügungsberechtigt ist.

Mindestlaufzeit des Vertrages

Die Mindestlaufzeit des Festgeldvertrags beträgt 3 Monate.

Preise und Kosten

Die Kontoeröffnung und -führung ist kostenlos. Bei Aufträgen des Kunden, die außerhalb der gewöhnlichen Kontoführung liegen, behält sich die Bank vor, ein Entgelt zu berechnen, dessen Höhe sich entweder aus dem "Preis- und Leistungsverzeichnis" der Bank ergibt oder zwischen dem Kunden und der Bank vereinbart wird. Der Kunde hat seine eigenen Kosten (z.B. für Ferngespräche, Computer und Datenverbindungskosten etc.) selbst zu tragen. Ggf. anfallende Kosten Dritter sind, sofern diese vom Kunden zu vertreten sind, ebenfalls von dem Kunden zu tragen.

Hinweis auf vom Kunden zu zahlende Steuern

Die Zinserträge unterliegen der Einkommensteuer. Sie sind steuerlich in dem Kalenderjahr zu veranlagen, in dem sie dem steuerpflichtigen Kunden zugeflossen sind. Bei Fragen sollte sich der Kunde an die für ihn zuständige Steuerbehörde oder seinen steuerlichen Berater wenden. Dies gilt insbesondere, wenn er im Ausland steuerpflichtig ist.

Leistungsvorbehalt

Es besteht kein Leistungsvorbehalt.

Vorvertragliche Informationen bei im Fernabsatz abgeschlossenen Verträgen über Festgeldkonten (Stand 06 / 2026)

Vertragliche Kündigungsregeln/Vertragsstrafe

Eine ordentliche Kündigung eines Festgeldkontos vor Ablauf der Festgeldlaufzeit durch die Bank oder den Kunden ist ausgeschlossen. Der Kunde oder die Bank können ein Festgeldkonto nur aus wichtigem Grund kündigen. Ein wichtiger Grund ist gegeben, wenn die Fortführung des Vertrages für eine der Parteien unzumutbar ist. Die Kündigung bedarf der Textform und ist an den jeweils anderen Vertragspartner zu richten. Eine Kündigungsfrist ist nicht einzuhalten. Kündigt der Kunde ein Festgeldkonto aus wichtigem Grund mit Wirksamkeit vor Ablauf der vereinbarten Festgeldlaufzeit, wird die Bank den für diese Laufzeit vereinbarten Festzins rückwirkend wie im Preis- und Leistungsverzeichnis angegeben reduzieren.

C. Informationen über die Besonderheiten des im Fernabsatz geschlossenen Festgeldkontovertrages

Informationen zum Zustandekommen des Festgeldkontovertrages

Der Kunde kann Festgeldkonten im Online-Banking unter www.stellantis-direktbank.de eröffnen. Auf der entsprechenden Seite im Online-Banking gibt der Kunde die anzulegende Summe (maximal in Höhe des verfügbaren Guthabens auf dem Tagesgeldkonto) und die Laufzeit für das Festgeldkonto an und gibt durch Klicken des entsprechend bezeichneten Feldes auf der Seite gegenüber der Stellantis Bank SA Niederlassung Deutschland ein ihn bindendes Angebot auf Abschluss eines Festgeldkontovertrages ab. Die Bank kann den so erfolgten Antrag des Kunden annehmen, indem sie das Festgeldkonto eröffnet und die anzulegende Summe auf das Festgeldkonto umbucht.

Vorvertragliche Informationen bei im Fernabsatz abgeschlossenen Verträgen über Festgeldkonten (Stand 06 / 2026)

Widerrufsbelehrung

Abschnitt 1

Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen. Die Frist beginnt nach Abschluss des Vertrags und nachdem Sie die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie alle nachstehend unter Abschnitt 2 aufgeführten Informationen auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) erhalten haben. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an:

Stellantis Bank SA Niederlassung Deutschland, Geschäftsbereich Stellantis Direktbank, Siemensstraße 10, 63263 Neu-Isenburg,
E-Mail-Adresse: info@stellantis-direktbank.de

Sie können Ihr Widerrufsrecht auch online unter www.stellantis-direktbank.de ausüben. Wenn Sie diese Onlinefunktion nutzen, übermitteln wir Ihnen auf einem dauerhaften Datenträger (z.B. durch E-Mail) unverzüglich eine Eingangsbestätigung mit Informationen zum Inhalt der Widerrufserklärung sowie dem Datum und der Uhrzeit ihres Eingangs.

Ihr Widerrufsrecht erlischt spätestens 12 Monate und 14 Tage nach dem Zeitpunkt des Vertragsschlusses. Dies gilt nicht, wenn Sie nicht auf einem dauerhaften Datenträger über das Bestehen eines Widerrufsrechts und die Modalitäten für dessen Ausübung des Widerrufsrechts, einschließlich des Betrags, den Sie gegebenenfalls zu entrichten haben, sowie die Folgen der Nichtausübung dieses Rechts, belehrt wurden.

Abschnitt 2

Für den Beginn der Widerrufsfrist erforderliche Informationen

Die Informationen im Sinne des Abschnitts 1 Satz 2 umfassen folgende Angaben:

1. die Identität und die Hauptgeschäftstätigkeit des Unternehmers,
2. die Anschrift des Ortes, an dem der Unternehmer niedergelassen ist, sowie eine Telefonnummer und E-Mail-Adresse oder Angaben zu anderen Kommunikationsmitteln, die der Unternehmer anbietet,
3. einschlägige Kontaktangaben, die es dem Verbraucher ermöglichen, Beschwerden an den Unternehmer zu richten,
4. das öffentliche Register in das der Unternehmer eingetragen ist, und die Registernummer oder eine gleichwertige in diesem Register verwendete Kennung,
5. den Namen, die Anschrift, die Website und etwaige andere Kontaktangaben der zuständigen Aufsichtsbehörde,
6. eine Beschreibung der wesentlichen Merkmale der Finanzdienstleistung,
7. den Gesamtpreis, den der Verbraucher dem Unternehmer für die Finanzdienstleistung schuldet, einschließlich aller damit verbundenen Provisionen, Gebühren, und Abgaben sowie aller über den Unternehmer abgeführten Steuern, oder, wenn kein genauer Preis angegeben werden kann, die Grundlage für seine Berechnung, die dem Verbraucher eine Überprüfung des Preises ermöglicht,
8. einen Hinweis auf mögliche weitere Steuern oder Kosten, die nicht über den Unternehmer abgeführt oder von ihm in Rechnung gestellt werden,
9. etwaige Beschränkungen des Zeitraums, währenddessen die gemäß diesem Absatz zur Verfügung gestellten Informationen gültig sind,
10. Einzelheiten hinsichtlich der Zahlung und der Erfüllung,
11. Informationen über ökologische und soziale Ziele die mit der Finanzdienstleistung verfolgt werden,
12. das Bestehen oder Nichtbestehen eines Widerrufsrechts und für den Fall, dass ein Widerrufsrecht besteht, Angaben zur Widerrufsfrist und zu den Modalitäten für die Ausübung des Widerrufsrechts, einschließlich des Betrags, den der Verbraucher gegebenenfalls zu entrichten hat, sowie die Folgen der Nichtausübung dieses Rechts,
13. die Mindestlaufzeit des Fernabsatzvertrags, wenn dieser die Erbringung einer dauerhaften oder regelmäßig wiederkehrenden Finanzdienstleistung zum Inhalt hat,
14. Angaben zum Recht der Parteien, den Fernabsatzvertrag vorzeitig oder einseitig aufgrund der Vertragsbedingungen zu kündigen, einschließlich aller Vertragsstrafen, die in einem solchen Fall auferlegt werden,
15. praktische Hinweise und Verfahren zur Ausübung des Widerrufsrechts nach § 355 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, darunter Telefonnummer und E-Mail-Adresse des Unternehmers oder Angaben zu anderen einschlägigen Kommunikationsmitteln für die Übermittlung der Widerrufserklärung, und bei über eine Online-Benutzeroberfläche geschlossenen Finanzdienstleistungsverträgen Informationen über das Bestehen und die Platzierung der Widerrufsfunktion nach § 356a des Bürgerlichen Gesetzbuchs,
16. etwaige Vertragsklauseln, die das auf den Fernabsatzvertrag anwendbare Recht oder das zuständige Gericht bestimmen,
17. in welcher Sprache oder in welchen Sprachen die Vertragsbedingungen und die in diesem Artikel genannten Vorabinformationen mitgeteilt werden sowie über die Sprache oder die Sprachen, zu deren Benutzung sich der Unternehmer mit Zustimmung des Verbrauchers für die Kommunikation während der Laufzeit des Fernabsatzvertrags verpflichtet,
18. die Möglichkeit des Zugangs zu einem außergerichtlichen Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren, dem der Unternehmer unterworfen ist, und die Voraussetzungen für diesen Zugang,
19. das Bestehen eines Garantiefonds oder anderer Entschädigungsregelungen, die nicht unter die Richtlinie 2014/49/EU in der Fassung vom 16. April 2014 und die Richtlinie 97/9/EG in der Fassung vom 3. März 1997 fallen.

Vorvertragliche Informationen bei im Fernabsatz abgeschlossenen Verträgen über Festgeldkonten (Stand 06 / 2026)

Abschnitt 3

Widerrufsfolgen

Im Fall eines wirksamen Widerrufs **sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren**. Sie sind zur **Zahlung von Wertersatz** für die bis zum Widerruf erbrachte Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurden und ausdrücklich zugestimmt haben, dass vor dem Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Gegenleistung begonnen werden kann. Besteht eine Verpflichtung zur Zahlung von Wertersatz, kann dies dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf dennoch erfüllen müssen. **Ihr Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist**, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben. **Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden**. Diese Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang.

Ende der Widerrufsbelehrung